

Amtsblatt

Jahrgang 2024

Nr. 20
Leer, den 30.10.2024

A	BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES LEER	199
	Amt III/63	199
	Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Absatz 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) von drei Windenergieanlagen	199
B	BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE, GEMEINDEN, SAMTGEMEINDEN UND VERBÄNDE	201
	Stadt Weener (Ems)	201
	Bauleitplanung; 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 W „Industriegebiet Geiseweg“	201
	Richtlinie über die Förderung von sogenannten Balkonkraftwerken in der Stadt Weener (Ems)	201
	Gemeinde Bunde	203
	Widmung einer Gemeindestraße in der Gemeinde Bunde	203
	Gemeinde Westoverledingen	203
	Satzung über den Schutz des Baumbestandes in der Gemeinde Westoverledingen	203
C	SONSTIGES	204
	Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Flachsmeer	204
	Bekanntmachung über die Friedhofsordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Flachsmeer	204
	Bekanntmachung über die Anpassung der Friedhofsgebührenordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Flachsmeer	214
	Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Luther Leer	215
	Bekanntmachung über die Friedhofsordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Luther Leer	215
	Bekanntmachung der Friedhofsgebührenordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Luther Leer	225

A Bekanntmachungen des Landkreises Leer

Amt III/63

Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Absatz 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) von drei Windenergieanlagen

Die Firma ENOVA Power GmbH, Steinhausstraße 112, 26831 Bunde, hat beim Landkreis Leer als zuständige Immissionsschutzbehörde mit Schreiben vom 07.03.2023 den Antrag zur nachträglichen Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel I 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) für den am 04.08.2022 nach §§ 4 und 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der am 04.08.2022 geltenden Fassung genehmigten und am 31.08.2022 öffentlich bekannt gemachten Neubau von drei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Siemens Gamesa SG 6.0-155 in der Gemeinde Uplengen beantragt. Aufgrund eines Bekanntmachungsfehlers aus der amtlichen Bekanntmachung vom 14.04.2023 wird das Verfahren ab dem Zeitpunkt des zu heilenden Fehlers wiederholt. Der Betrieb der Anlagen soll zum 01.12.2025 aufgenommen werden.

Die drei WEA haben jeweils eine Nabenhöhe von 122,5 m, einen Rotordurchmesser von 155 m, eine Gesamthöhe von 200 m und eine Nennleistung von 6,6 MW.

Bezeichnung	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück
WEA 1	Uplengen	Kleinoldendorf	8	81
WEA 2	Uplengen	Kleinoldendorf	1	33/2, 34/2
WEA 3	Uplengen	Kleinoldendorf	1	9/7

Für das UVP-pflichtige Vorhaben wurde der erforderliche UVP-Bericht vorgelegt.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 BImSchG i. V. m. §§ 8 ff. der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erneut öffentlich bekannt gemacht. Nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 der 9. BImSchV muss die Bekanntmachung auch die Bezeichnung der für das Vorhaben entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Genehmigungsbehörde zum Zeitpunkt des Beginns des Beteiligungsverfahrens vorliegen, enthalten.

Hierzu gehören insbesondere folgende, bereits im Zeitraum vom 21.04.2023 bis einschließlich 20.05.2023 ausgelegte Unterlagen:

- Amtliche Karte 1:5.000 – Bypass
- planungsbüro peter stelzer GmbH (2023): Umweltverträglichkeitsstudie (UVS), 02.03.2023

- GEONOVA GmbH (2022): Bodenschutz- und Bodenmanagementkonzept Windpark Uplengen, Firreler Weg, 22.07.2022
- GEONOVA GmbH (2021): Geotechnischer Entwurfsbericht – Errichtung Windpark mit 3 Windenergieanlagen, Firreler Weg, 26670 Uplengen, 21.12.2021
- H&M INGENIEURBÜRO (2021): Hydrogeologisches Gutachten zum Windpark Uplengen, 23.11.2021
- H&M INGENIEURBÜRO (2022): Fachbeitrag zur speziellen Artenschutzprüfung (ASP) zum Windpark „Firreler Weg“, 22.07.2022
- H&M INGENIEURBÜRO (2022): Naturschutzfachliche Bestandsaufnahme zum Windparkpotenzialfläche „Firreler Weg“, 24.02.2021
- H&M INGENIEURBÜRO (2022): Landschaftlicher Begleitplan zum Windpark „Firreler Weg“, 22.07.2022
- SIEMENS GAMESA (2020): Technische Beschreibung Siemens Gamesa 5.X, 09.12.2020
- Deutsche Windguard (2022): Schallimmissionsermittlung für drei Windenergieanlagen, 11.01.2022
- Deutsche Windguard (2022): Schattenwurfermittlung für drei geplante Windenergieanlagen, 11.01.2022

Ferner liegen der Genehmigungsbehörde insbesondere folgende zwischenzeitlich neu erstellte bzw. aktualisierte/fortgeschriebene Unterlagen vor:

- HPC AG (2024): Stellungnahme zu Baugrunduntersuchung WP UPL, 14.05.2024
- HPC AG (2023): Stellungnahme geotechnische Fragen WP Firreler Weg, 13.05.2024
- Geotechnik und Dynamik Consult GmbH (2024): Ergänzende Stellungnahme zu Einwänden im Rahmen des beantragten Rechtsschutzes durch den NABU Landesverbandes Niedersachsen e.V., 14.05.2024
- Geotechnik und Dynamik Consult GmbH (2023): Stellungnahme zu möglichen Wasserwegigkeiten infolge der Rammpfahlerstellung, 27.09.2023
- Geotechnik und Dynamik Consult GmbH (2023): Stellungnahme zu möglichen Bodenverflüssigungen entlang des Pfahlschafftes beim Betrieb der WEA, 27.09.2023
- Geotechnik und Dynamik Consult GmbH (2023): Stellungnahme zu möglichen Erschütterungen im Fernfeld der Windenergieanlagen, 27.09.2023
- H&M INGENIEURBÜRO (2024): Hydrogeologische Stellungnahme, 03.05.2024
- H&M INGENIEURBÜRO (2024): Ergänzende naturschutzfachliche Stellungnahme, 02.05.2024
- H&M INGENIEURBÜRO (2023): Pflege- und Entwicklungsplan für externe Kompensationsflächen, 11.05.2023
- Sämtliche Unterlagen zur 58. FNP-Änderung der Gemeinde Uplengen, die bereits in der Zeit

vom 08.05.2023 bis einschließlich 07.06.2023 bei der Gemeinde Uplengen ausgelegt haben

- Freiberufliche Biologin Dr. Delingat: Avifaunistische Erfassung „Kleinoldendorf/Haneburg“ 2020
- Freiberufliche Biologin Dr. Delingat: Vorkommen von Regenbrachvögeln und anderen Gastvögeln in Kleinoldendorf-Haneburg, 2023

Antrag und Antragsunterlagen sowie die vorgenannten entscheidungserheblichen Unterlagen einschließlich des UVP-Berichts liegen in der Zeit

vom 07.11.2024 bis einschließlich 06.12.2024

bei den nachstehenden Stellen zur Einsichtnahme während der Dienststunden öffentlich aus:

- Gemeinde Uplengen, Alter Postweg 113, 26670 Uplengen-Remels, Zimmer-Nr. 10
Frau Diener (04956/9117-48, angela.diener@uplengen.de)
Frau Jürgens (04956/9117-28, waltraut.juergens@uplengen.de)
Montags bis Freitags von 08:00 – 12:00 Uhr
Dienstags zusätzlich von 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags zusätzlich von 14:00 – 17:30 Uhr
- Landkreis Leer, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, Zimmer Nr. 246
Herr Ehlert (0491/926-1248, christoph.ehlert@lkleer.de)
Montags bis Freitags von 08:30 – 12:30 Uhr
Donnerstags zusätzlich von 14:00 – 17:00 Uhr
- Samtgemeinde Hesel, Rathausstraße 14, 26835 Hesel, Zimmer-Nr. E-07
Herr Mundt (04950/39-3111, m.mundt@hesel.de)
Montags bis Freitags von 9:00 – 12:00 Uhr
Montags und Dienstags zusätzlich von 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags zusätzlich von 14:00 – 18:00 Uhr

Es wird bei den vorgenannten Stellen darum gebeten für eine Einsichtnahme zuvor telefonisch unter den vorgenannten Kontaktdaten einen Termin zu vereinbaren.

Zur Einsichtnahme in den Gemeinden Firrel und Schwerinsdorf ist eine Terminvereinbarung zwingend erforderlich, da dort keine eigenen Verwaltungsbäude vorhanden sind.

- Gemeinde Firrel (Rathausstraße 14, 26835 Hesel; ausschließlich nach vorheriger Terminvereinbarung)
Herr Poppen (04946/1588, j.poppen@ratsinfo.hesel.de)

- Gemeinde Schwerinsdorf (Rathausstraße 14, 26835 Hesel; ausschließlich nach vorheriger Terminvereinbarung)
Herr Bontjer (0172/9230667, m.bontjer@ratsinfo.hesel.de)

Der Bekanntmachungstext wird sowohl im Amtsblatt des Landkreises Leer als auch im Internet veröffentlicht. Dieser Bekanntmachungstext sowie der Antrag mit entsprechenden Unterlagen werden auf der Internetseite des Landkreises Leer

<https://www.landkreis-leer.de/Wirtschaft-Bauen/Bauen-Planen/Immissionsschutz/>

zugänglich gemacht.

Zudem erfolgt eine Veröffentlichung im UVP-Portal des Landes Niedersachsen unter

<https://uvp.niedersachsen.de/startseite>

unter der Rubrik "Verfahrenstypen > Zulassungsverfahren in der Kategorie Wärmeerzeugung, Bergbau und Energie" oder unter dem Suchbegriff „Nachträgliche Umweltverträglichkeitsprüfung für den Neubau von drei Windenergieanlagen“.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

vom 07.11.2024 bis einschließlich 06.01.2025

(Einwendungsfrist) von jeder natürlichen oder juristischen Person, deren Belange durch die Zulassung des Vorhabens berührt werden, schriftlich bei den zuvor genannten Stellen oder elektronisch bei der Kreisverwaltung des Landkreises Leer (christoph.ehlert@lkleer.de) erhoben werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

- Einwendungen Namen und Anschrift des Einwenders / der Einwenderin enthalten sollen. Die Einwendungen werden dem Antragsteller und den beteiligten Behörden, deren Aufgabenbereiche berührt sind, bekannt gegeben. Auf Verlangen des Einwenders / der Einwenderin können Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.
- mit Ablauf der Einwendungsfrist für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen sind, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen;
- ein Beteiligter sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen kann;
- der Bevollmächtigte auf Verlangen seine Vollmacht schriftlich nachzuweisen (§ 14 Abs. 1

VwVfG) und diese zu den Akten der Immissionsschutzbehörde (Landkreis Leer) zu geben hat;

- ein Erörterungstermin gem. § 16 Abs. 1 S. 3 der 9. BImSchV nicht erneut durchgeführt wird;
- Kosten, die durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen und die Erhebung von Einwendungen entstehen, nicht erstattet werden können.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Leer, den 28.10.2024

Landkreis Leer
Der Landrat
Matthias Groote

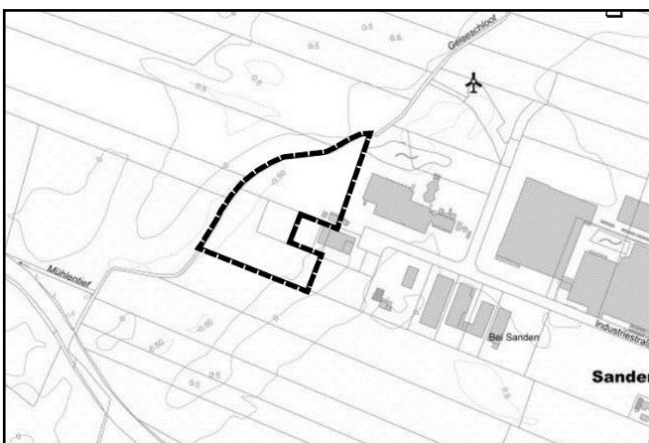
B Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Verbände

Stadt Weener (Ems)

Bauleitplanung; 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 W „Industriegebiet Geiseweg“

Der Rat der Stadt Weener (Ems) hat in seiner Sitzung am 26.09.2024 die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 W „Industriegebiet Geiseweg“ als Satzung beschlossen. Festgesetzt wird ein Industriegebiet mit erweiterten Baugrenzen zur planungsrechtlichen Vorbereitung des EBS-Ballenlagers der Fa. Klingele Paper SE & Co. KG.

Der Geltungsbereich der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 W „Industriegebiet Geiseweg“ umfasst die Flurstücke 15/36, 15/43 und einen Teil des Flurstückes 14/17 der Flur 2 der Gemarkung Weener. Der räumliche Geltungsbereich ist dem nachstehenden Kartenausschnitt zu entnehmen:



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 W „Industriegebiet Geiseweg“ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die Satzung mit Begründung liegt vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Bauamt der Stadt Weener (Ems), Marktstraße 3, 26826 Weener, Zimmer 2 öffentlich aus und kann während der Dienststunden oder außerhalb dieser Zeit nach Vereinbarung von jedermann eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes sowie
3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB

gemäß § 215 Abs. 1 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von 1 Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Weener (Ems) geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Weener, den 16.10.2024

Stadt Weener (Ems)
Der Bürgermeister
Heiko Abbas

Richtlinie über die Förderung von sogenannten Balkonkraftwerken in der Stadt Weener (Ems)

§ 1

Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind die Anschaffungskosten von Photovoltaik- (PV) Anlagen für Balkonmodule (sog. „Balkonkraftwerke“) mit einem Modulwechselrichter, soweit die maximal registrierte Leistung die Vorgaben der Bundesnetzagentur und des Netzbetreibers und damit die gesetzlichen Vorgaben nicht überschreiten, auf und

an Neu- und Bestandsgebäuden im Gebiet der Stadt Weener (Ems).

§ 2 Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Mieter sowie Eigentümer selbst genutzten Wohneigentums im Gebiet der Stadt Weener (Ems). Als Gebäudeeigentümer sind natürliche und juristische Personen des Privatrechts, kirchliche, soziale, kulturelle und caritative Einrichtungen, eingetragene Genossenschaften antragsberechtigt.

§ 3 Art, Umfang und Höhe der Förderung

- (1) Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Projektförderung gewährt. Die Förderung erfolgt in Form einer pauschalisierten Festbetragsfinanzierung.
- (2) Für die Anlagen entsprechend des § 1 wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 100,00 Euro als Festbetrag gewährt.
- (3) Es ist nur eine Förderung pro Haushalt (bei Mietern und Eigentümern) zulässig. Bei übrigen Gebäudeeigentümern nach § 2 ist maximal eine Förderung pro Eigentümer zulässig.
- (4) Es handelt sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Weener (Ems). Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die Förderung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

§ 4 Zuwendungsvoraussetzungen

- (1) Förderfähig sind ausschließlich Balkonmodule mit einem Modulwechselrichter soweit die maximal registrierte Leistung die Vorgaben der Bundesnetzagentur und des Netzbetreibers und damit die gesetzlichen Vorgaben nicht überschreiten.
- (2) Die Wechselrichter der Balkonmodule müssen der europäischen Norm entsprechen und zertifiziert sein.
- (3) Bei der zu fördernden Anlage muss es sich um eine Neuanlage handeln. Mit dem Vorhaben darf nicht vor dem 01.12.2024 begonnen werden. Als Vorhabenbeginn gilt die verbindliche Bestellung der erforderlichen Komponenten.
- (4) Die Maßnahme muss den Anforderungen dieser Richtlinie entsprechen und nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zulässig sein.

- (5) Antragstellende erklären sich damit einverstanden, dass eine Kontrolle der Bauausführung der Maßnahme durch die Stadt Weener (Ems) jederzeit nach Absprache durchgeführt werden kann.

§ 5 Kumulation

Eine Kumulation mit anderen Förderprogrammen ist grundsätzlich möglich, soweit die Förderprogramme es jeweils ermöglichen. Eine Überförderung ist ausgeschlossen. Vorhaben die bereits im Rahmen einer Förderung unter die Summe von 100,00 Euro fallen, werden nicht gefördert.

§ 6 Antragsverfahren

- (1) Vollständige Anträge werden in einem Monatszeitraum vom 01.11.2024 bis einschließlich 30.11.2024 durch das Serviceportal „OpenRathaus“ der Stadt Weener (Ems) entgegengenommen. Sollte es mehr genehmigungsfähige Anträge geben, als durch die Fördersumme gedeckt werden können, wird durch ein Losverfahren ermittelt, welche Anträge genehmigt werden.
- (2) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.
- (3) Ein vollständiger Antrag im Sinne von Absatz 1 umfasst das vollständig ausgefüllte Antragsformular. Die Stadt Weener (Ems) behält sich vor, im Einzelfall zusätzliche Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung über den Antrag erforderlich sind. Nach Prüfung der Förderfähigkeit des Antrages erfolgt die Entscheidung über eine Bewilligung durch eine Förderzusage im Serviceportal „OpenRathaus“.
- (4) Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Abschluss der Maßnahme. Sie gilt als abgeschlossen, wenn der Stadt Weener (Ems)
 - ein entsprechender Kaufbeleg,
 - ein Foto der installierten Anlage,
 - ein Nachweis der Inbetriebnahme im Zusammenhang mit dem Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur,
 - ggf. die Erlaubnis zur Installation eines Balkonkraftwerkes des Vermieters/der Vermieterin bzw. der Mitglieder der WEG.

vorgelegt wurden. Die entsprechenden Unterlagen sind im Serviceportal „OpenRathaus“ hochzuladen.

§ 7**Auskunftspflicht und Datenschutz**

- (1) Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind verpflichtet auf Verlangen der Stadt Weener (Ems) innerhalb von drei Jahren nach Auszahlung der Förderung Auskunft über die Verwendung der bewilligten Zuwendung und der geförderten Maßnahme zu erteilen.
- (2) Die Stadt Weener (Ems) wird die Daten der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger im Rahmen der Förderung anfordern, verarbeiten und speichern.

§ 8**Rückforderung**

- (1) Das geförderte Balkonkraftwerk ist mindestens 3 Jahre nach Fertigstellung (Datum der Inbetriebnahme lt. Marktstammdatenregister) zu betreiben. Wird es vor Ablauf dieser Frist entfernt, wird die Aufhebung des Bewilligungsbescheides und die Rückforderung der Förderung geprüft.
- (2) Werden nachträglich Tatsachen bekannt, aus denen sich ergibt, dass der Zuschuss aufgrund falscher Angaben gewährt wurde, ist der gesamte Zuschuss zurückzuzahlen. Dies gilt insbesondere für die Regelungen nach § 5.

§ 9**Änderungen**

Die Verwaltung kann unwesentliche Änderungen dieser Richtlinie bei Bedarf selbst vornehmen.

§ 10**Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Leer in Kraft.

Weener, den 21.10.2024

Stadt Weener (Ems)
Der Bürgermeister
Heiko Abbas

Gemeinde Bunde**Widmung einer Gemeindestraße in der Gemeinde Bunde**

Die in der Gemeinde Bunde, Landkreis Leer, gelegene Verkehrsanlage „An der Schule“ wird von der Anbindung „Sportplatzstraße“ als öffentliche Gemeindestraße gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) ohne Beschränkung gewidmet.

Trägerin der Straßenbaulast ist die Gemeinde Bunde.

Die Widmung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 3 NStrG öffentlich bekanntgemacht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schlossplatz 10, 26122 Oldenburg, erhoben werden.

Bunde, den 14.10.2024

Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Uwe Sap

Gemeinde Westoverledingen**Satzung über den Schutz des Baumbestandes in der Gemeinde Westoverledingen****3. Änderung**

Aufgrund § 29 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) i.V.m. § 22 Absätze 1 und 2, § 15 des Nds. Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. 2010., S. 104) sowie § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), jeweils in der aktuell geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Westoverledingen in seiner Sitzung am 26.09.2024 die folgende 3. Änderung der Satzung über den Schutz des Baumbestandes in der Gemeinde Westoverledingen vom 17.07.2014 beschlossen:

Artikel 1

1. In § 3 Abs. 3 wird folgender neuer Buchstabe „o“ angefügt:
o) Bäume, die in einem Bebauungsplan als erhaltenswert i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchst. b des Baugesetzbuches (BauGB) festgesetzt sind.
2. In § 4 Abs. 2 S. 1 wird die Angabe „§ 6 Absätze 2, 3 und 6“ durch „§ 6 Absätze 2 bis 6“ ersetzt.
3. In § 4 Abs. 2 S. 2 wird die Angabe „§ 6 Absätze 4 bis 6“ durch „§ 6 Absätze 7 und 9“ ersetzt.
4. § 6 Abs. 5 S. 2 erhält folgende Fassung:
„Ersatzbäume müssen den zur Zeitpunkt der Pflanzung gültigen Gütebestimmungen für Baumschulpflanzen (FLL) entsprechen.“
5. In § 9 Abs. 1 wird die Angabe „§ 43 Absatz 3 Ziffer 3 NAGBNatSchG“ durch „§ 43 Absatz 2 Ziffer 3 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG)“ ersetzt.

6. In § 9 Abs. 2 wird die Angabe „§ 43 Absatz 4 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz“ durch „§ 43 Absatz 3 NNatSchG“ ersetzt.

Artikel 2

Die 3. Änderung der Satzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

Westoverledingen, den 26.09.2024

Gemeinde Westoverledingen
Der Bürgermeister

C Sonstiges

Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Flachsmeer

Bekanntmachung über die Friedhofsordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Flachsmeer

Öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Leer nach § 10 Durchführungsbestimmungen Friedhof (DB Friedhof) i. V. m. § 9 Abs. 1 Hauptsatzung der Gemeinde Leer (Kreisstadt, selbstständige Gemeinde)

Die folgende der Friedhofsordnung (FO) ist vom Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer am 25.09.2024 beschlossen und vom genehmigungsbefugten Kirchenamtsleiter am 17.10.2024 kirchenaufsichtlich genehmigt worden.

Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof

der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer in Flachsmeer.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer am 25. September 2024 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Friedhofsverwaltung
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anmeldung einer Bestattung
- § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen
- § 9 Ruhezeiten
- § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

- § 11 Allgemeines
- § 12 ~~Reihengrabstätten~~ entfällt
- § 12a ~~Urnenreihengrabstätten~~ entfällt
- § 13 Wahlgrabstätten
- § 13a Urnenwahlgrabstätten
- § 13b Wahlgrabstätten umgewandelt
- § 13c Kinderwahlgrabstätten
- § 14 Rasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld
- § 14a Urnenrasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld
- § 15 Reihengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage
- § 15a Urnenreihengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage
- § 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 17 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 18 Gestaltungsgrundsatz
- § 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

- § 20 Allgemeines
- § 21 Grabpflege, Grabschmuck
- § 22 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

- § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen
- § 24 Mausoleen und gemauerte Gräfte
- § 25 Entfernung
- § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 27 Leichenhalle

§ 28 Benutzung der Kirche

IX. Haftung und Gebühren

§ 29 Haftung

§ 30 Gebühren

X. Schlussvorschriften

§ 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

- (1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit eine Teilfläche des Flurstückes 53/27 Flur 5 Gemarkung Flachsmeer in Größe von insgesamt 0.95.38 ha. Eigentümerin des Flurstückes ist die Kirchengemeinde Flachsmeer.
- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.
- (3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2

Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).
- (2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.
- (3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.
- (4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anla-

gen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.
- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten

Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.

- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist tagsüber für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art – ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer – zu befahren,
 - b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu bewerten,
 - e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,

- f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
- g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
- h) Hunde unangeleint mitzubringen.

- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.

- (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6

Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wassernahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7

Anmeldung einer Bestattung

- (1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer

sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.

- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- (3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8

Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeithemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Säрге ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsäрге oder Holzsäрге mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9

Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit von Leichen verstorbener Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr beträgt 20 Jahre
- (3) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 10

Umbettungen und Ausgrabungen

- (1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- (2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.
- (3) Die berechtigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11

Allgemeines

- (1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

a) Wahlgrabstätten	(§ 13),
b) Urnenwahlgrabstätten	(§ 13a),
c) Wahlgrabstätten umgewandelt (pflegefrei)	(§ 13b),
d) Kinderwahlgrabstätten	(§ 13c),
e) Rasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld	(§ 14),
f) Urnenrasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld	(§ 14a),
g) Reihengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage	(§ 15),
h) Urnenreihengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage	(§ 15a).
- (2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser

Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

- (3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig – bei oder kurz nach der Geburt – verstorbenes Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.
- (5) In einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.
- (6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:
 - a) für Wahlgrabstätten von Kindern:
Länge: 1,20 m Breite: 0,90 m,
von Särgen:
Länge: 2,50 m Breite: 1,20 m,
von Urnen:
Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m,
 - b) für Urnen in einem Gemeinschaftsgrab:
Länge: 0,50 m Breite: 0,50 m.

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

- (7) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.
- (9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.

- (10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12

Reihengrabstätten

Entfällt

§ 12a

Urnenreihengrabstätten

Entfällt

§ 13

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.
- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.
- (3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:
 - a) Ehegatte,
 - b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
 - c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
 - d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) Eltern,
 - f) Geschwister,
 - g) Stiefgeschwister,
 - h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht

rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

- (4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

§ 13a Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren vergeben.
- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 13b

Umgewandelte Wahlgrabstätten (pflegefrei)

- (1) Bei bereits bestehenden Nutzungsrechten erhalten die Nutzungsberechtigten die Möglichkeit, auf Antrag vorhandene Wahlgrabstätten umzuwandeln.
- (2) Die Nutzungsberechtigten haben die Grabstellen auf eigene Kosten abzuräumen (Bewuchs, Umrandung, Sockel und Fundamentierungen). Der vorhandene Grabstein ist zu entfernen und zu entsorgen und durch eine Grabplatte zu ersetzen. Regelungen über die Größe und die Aufschrift der Grabplatte werden durch die Friedhofsverwaltung konkretisiert. Die Begrünung der Grabstellen erfolgt durch die Friedhofsverwaltung.
- (3) Der Friedhofsträger pflegt die Grabstellen und erhält von den Nutzungsberechtigten hierfür eine jährliche Pflegepauschale nach der geltenden Friedhofsgebührenordnung, die für die restliche Nutzungszeit im Voraus berechnet wird. Eine Rückgabe des Nutzungsrechts erfolgt dadurch nicht. Das Nutzungsrecht für alle Grabstellen der bisherigen Grabstätte bleibt als Einheit bestehen. Die bis zum Ablauf notwendige Friedhofsunterhaltungsgebühr, wird bei Nutzungsrechten die vor dem 01.04.2007 erworben wurden, weiterhin alle zwei Jahre gehoben.
- (4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für die umgewandelten Wahlgrabstätten (pflegefrei) auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten (§ 13).

§ 13 c

Kinderwahlgrabstätten

- (1) Kinderwahlgrabstellen sind Wahlgrabstellen, die für verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr für die Dauer der Ruhezeit nach § 9 dieser Ordnung zur Beisetzung eines Sarges oder einer Urne vergeben werden. Die Beisetzung einer zusätzlichen Urne ist nicht gestattet.
- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Kinderwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 14

Rasengrabstätte in einem Gemeinschaftsgrabfeld

- (1) Rasengrabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld sind Grabstätten, die als Einzel- oder Doppelgrabstätten zur Beisetzung eines Sarges vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Grabstätte

um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden. Eine zusätzliche Beisetzung einer Asche gem. § 11 Abs. 3 ist nicht möglich. Die Friedhofsverwaltung wird für jede beigesetzte Person die Anbringung einer in den Rasen eingesenkten Grabplatte mit Namen und Daten veranlassen. Die Gestaltung in Größe, Art, Schrift und Platzierung obliegt allein der Friedhofsverwaltung.

- (2) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes. Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen am Denkmal abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt. Vom Ewigkeitssonntag bis Ende Februar kann auf den Grabplatten Grabschmuck abgelegt werden. Außerhalb dieser Zeit wird abgelegter Grabschmuck von der Friedhofsverwaltung entfernt, bzw. am Denkmal abgelegt.
- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld umfasst nicht das Recht zur Errichtung eines Grabmals.
- (4) Die Gebühr für die Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten. Die Grabplatte wird entsprechend der gültigen Gebührenordnung gesondert berechnet.

§ 14a

Urnenrasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld

- (1) Urnenrasengrabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld sind Grabstätten, die als Einzel- oder Doppelgrabstätten zur Beisetzung einer Urne vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Urnengrabstätte um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden. Eine zusätzliche Beisetzung einer Asche in einer Grabstelle gem. § 11 Abs. 3 ist nicht möglich. Die Friedhofsverwaltung wird für jede beigesetzte Person die Anbringung einer in den Rasen eingesenkten Grabplatte mit Namen und Daten veranlassen. Die Gestaltung in Größe, Art, Schrift und Platzierung obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (2) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes. Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen am Denkmal abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt. Vom Ewigkeitssonntag bis Ende Februar kann auf den Grabplatten Grabschmuck abgelegt werden. Außerhalb dieser Zeit wird abgelegter Grabschmuck von der Friedhofsverwaltung entfernt, bzw. am Denkmal abgelegt.

- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld umfasst nicht das Recht zur Errichtung eines Grabmals.
- (4) Die Gebühr für die Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten. Die Grabplatte wird entsprechend der gültigen Gebührenordnung gesondert berechnet.

§ 15

Reihengrabstätten in der Gemeinschaftsanlage

- (1) Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld sind Grabstätten, die der Reihe nach belegt werden und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung eines Sarges vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden. Eine zusätzliche Beisetzung einer Asche gem. § 11 Abs. 5 ist nicht möglich. Die Friedhofsverwaltung wird für jeden Beigesetzten eine Gedenkplakette mit Name und Daten der beigesetzten Person an einem gemeinsamen Grabdenkmal anbringen. Die Gestaltung in Größe, Art, Schrift und Platzierung obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (2) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes. Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen am Denkmal abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.
- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld umfasst nicht das Recht zur Errichtung eines Grabmals.
- (4) Die Gebühr für die Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten. Die Grabplakette wird entsprechend der gültigen Gebührenordnung gesondert berechnet.

§ 15a

Urnenreihengrabstätten in der Gemeinschaftsanlage

- (1) Urnenreihengrabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld sind Grabstätten, die der Reihe nach belegt werden und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung einer Urne vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden. Eine zusätzliche Beisetzung einer Asche gem. § 11 Abs. 5 ist nicht möglich. Die Friedhofsverwaltung wird für jeden Beigesetzten eine Gedenkplakette mit Name und Daten der beigesetzten Person an einem gemeinsamen Grabdenkmal anbringen. Die Gestaltung in Größe, Art, Schrift und Platzierung obliegt allein der Friedhofsverwaltung.

- (2) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes. Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen am Denkmal abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.
- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld umfasst nicht das Recht zur Errichtung eines Grabmals.
- (4) Die Gebühr für die Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten. Die Grabplakette wird entsprechend der gültigen Gebührenordnung gesondert berechnet.

§ 16

Rückgabe von Wahlgrabstätten

- (1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als 8 Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 17

Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 18

Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 19

Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 18 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- (2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.
- (3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die Nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.
- (4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen Nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der Nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der Nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind Nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 20

Allgemeines

- (1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.

- (2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 21

Grabpflege, Grabschmuck

- (1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.
- (2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.
- (3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 22

Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefor-

dert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

- (2) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
 - b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.
- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 23

Errichtung und Änderung von Grabmalen

- (1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.
- (2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung eingetragen sein.
- (3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht

innen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.

- (5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
- (6) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (7) Die nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.
- (8) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.
- (9) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseiti-

gung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 18 Absatz 4.

§ 24

Mausoleen und gemauerte Grüfte

- (1) Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19 Absätze 3 und 4 entsprechend.
- (2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25

Entfernung

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Nutzungszeit und nach Bekanntmachung über das Abräumen der Grabstätten veranlasst die Friedhofsverwaltung die Entfernung von Grabmalen und anderen Anlagen. Innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntmachung über das Abräumen und bei Wahlgräbern auch innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Nutzungszeit können die nutzungsberechtigten Personen Grabmale und andere Anlagen selbst entfernen, soweit es sich nicht um Grabmale nach § 26 handelt. Die Friedhofsverwaltung hat keinen Ersatz für Grabmale und andere Anlagen zu leisten. Sie ist auch nicht zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und anderer Anlagen verpflichtet. Die Friedhofsverwaltung hat auch keinen Gebührenbetrag zu erstatten, wenn die verpflichtete Person selbst abräumt.

§ 26

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern**§ 27
Leichenhalle**

- (1) Die Leichenhalle dient zur Aufnahme von Leichen bis zur Bestattung.
- (2) Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung geöffnet werden. Särge sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden.
- (3) Ein Sarg, in dem eine verstorbene Person liegt, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, wird nach Möglichkeit in einem besonderen Raum aufgestellt. Der Sarg darf nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde geöffnet werden.

**§ 28
Benutzung der der Kirche**

- (1) Für verstorbene Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes Mitglieder einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e. V. angehörenden Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften waren, steht für die Trauerfeier auch die Kirche zur Verfügung, sofern die Trauerfeier durch einen Geistlichen durchgeführt wird, der im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e. V. für diesen Dienst beauftragt wird.
- (2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.
- (3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren**§ 29
Haftung**

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

**§ 30
Gebühren**

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Schlussvorschriften**§ 31
Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

- (1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 21.12.2016 außer Kraft.

Flachsmeer, den 30.10.2024

Carsten Wydora
Kirchenamtsleiter
Oberkirchenrat

Bekanntmachung über die Anpassung der Friedhofsgebührenordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Flachsmeer

Die folgende Anpassung der Friedhofsgebührenordnung (FGO) ist vom Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Flachsmeer am 25.09.2024 beschlossen und vom genehmigungsbefugten Kirchenamtsleiter am 17.10.2024 kirchenaufsichtlich genehmigt worden.

**§ 4
Festsetzung und Fälligkeit**

- (4) Die in der Friedhofsgebührenordnung genannten Gebühren sind grundsätzlich ohne Mehrwertsteuer berechnet. Soweit für einzelne Leistungen eine Mehrwertsteuer zu erheben ist, ist diese durch die gebührenpflichtige Person zusätzlich zu entrichten.

**§ 6
Gebührentarif****I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:**

- | | |
|--|----------|
| 1. Wahlgrabstätte (inkl. FUG) | |
| a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: | 880,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung – je Grabstelle–: | 29,00 € |
| 2. Urnenwahlgrabstätte (inkl. FUG) | |
| a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: | 630,00 € |
| b) für jedes Jahr der Verlängerung – je Grabstelle–: | 21,00 € |

3. Kindergrabstätten (inkl. FUG)
 - a) für 20 Jahre – je Grabstelle –: 250,00 €
 - b) für jedes Jahr der Verlängerung – je Grabstelle –: 12,50 €
4. Rasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale)
 - a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: 1.730,00 €
 - b) für jedes Jahr der Verlängerung – je Grabstelle –: 57,00 €
 - c) zzgl. Grabplatte – je Grabstelle –: 360,00 €
5. Urnenrasengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale)
 - a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: 1.150,00 €
 - b) für jedes Jahr der Verlängerung – je Grabstelle –: 36,00 €
 - c) zzgl. Grabplatte – je Grabstelle –: 360,00 €
6. Reihengrab im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale)
 - a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: 1.700,00 €
 - b) zzgl. Grabplakette – je Grabstelle –: 230,00 €
7. Urnenreihengrab im Gemeinschaftsgrabfeld (inkl. FUG und Pflegepauschale)
 - a) für 30 Jahre – je Grabstelle –: 1.100,00 €
 - b) zzgl. Grabplakette – je Grabstelle –: 230,00 €
8. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 3 Buchst. C der Friedhofsordnung:
–eine Gebühr zur Anpassung an die neue Ruhezeit–

Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 und § 13 a Friedhofsordnung) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, die Verlängerungsgebühr zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

1. Das Ausheben und Verfüllen der Gruft ist privatrechtlich geregelt. entfällt
2. Kranzabfuhr je Grabstelle entfällt

III. Friedhofsunterhaltungsgebühr

Pro Grabstelle – je Jahr 14,00 €
(Die Abrechnung der Friedhofsunterhaltungsgebühr erfolgt im Voraus für die gesamte Nutzungsdauer. Die Friedhofsunterhaltungsgebühr wird bei Nutzungsrechten, die vor dem 01.04.2007 erworben wurden, weiterhin alle zwei Jahre gehoben.)

IV. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer:

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Sarg pro Tag entfällt

2. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer je Sarg maximal 180,00 €

V. Sonstige Gebühren

1. Ausgleichsgebühr für Pflegeaufwendungen pro Jahr:

- a) Wahlgrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld 30,00 €

- b) Urnenwahlgrabstätten/ Urnenreihengrabstätten im Gemeinschaftsgrabfeld 18,00 €

- c) Umwandlung Wahlgrabstätte (pflegefrei) im Sinne des § 13b FO

- für Wahlgrabstätten 45,00 €
- für Urnenwahlgrabstätten 30,00 €

2. Abräumgebühr je Grabstelle (Ersatzvornahme) entfällt

Flachsmeer, den 30.10.2024

Carsten Wydora
Kirchenamtsleiter
Oberkirchenrat

Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Luther
Leer

Bekanntmachung über die Friedhofsordnung der
Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Luther
Leer

Öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des
Landkreises Leer nach § 10 Durchführungsbe-
stimmungen Friedhof (DB Friedhof) i. V. m. § 9 Abs.
1 Hauptsatzung der Gemeinde Leer (Kreisstadt,
selbstständige Gemeinde)

Die folgende der Friedhofsordnung (FO) ist vom Kir-
chenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Luther
Leer am 11.09.2024 beschlossen und vom genehmi-
gungsbefugten Kirchenamtsleiter am 17.10.2024 kir-
chenaufsichtlich genehmigt worden.

Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof

der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Leer in Leer.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung
kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom
13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der
Kirchenvorstand der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde
Leer am 11.09.2024 folgende Friedhofsordnung be-
schlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur
letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern
ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des
Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die
Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht

genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 Friedhofsverwaltung
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 Dienstleistungen

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

- § 7 Anmeldung einer Bestattung
- § 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen
- § 9 Ruhezeiten
- § 10 Umbettungen und Ausgrabungen

IV. Grabstätten

- § 11 Allgemeines
- § 12 Reihengrabstätten
- § 12a Urnenreihengrabstätten
- § 13 Wahlgrabstätten
- § 13a Urnenwahlgrabstätten
- § 13b Umwandlung Wahlgrabstätten (pflegefrei)
- § 13c Kinderwahlgrabstätten
- § 14 Rasengrabstätten
- § 14a Urnenrasengrabstätten
- § 15 Grabstätten in einer Gemeinschaftsanlage
- § 15a Urnengrabstätten in einer Gemeinschaftsanlage
- § 15b Baumgrabstätten
- § 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten
- § 17 Bestattungsverzeichnis

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

- § 18 Gestaltungsgrundsatz
- § 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

VI. Anlage und Pflege von Grabstätten

- § 20 Allgemeines
- § 21 Grabpflege, Grabschmuck
- § 22 Vernachlässigung

VII. Grabmale und andere Anlagen

- § 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen
- § 24 Mausoleen und gemauerte Gräfte
- § 25 Entfernung
- § 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

- § 27 Leichenhalle
- § 28 Benutzung der Friedhofskapelle

IX. Haftung und Gebühren

- § 29 Haftung
- § 30 Gebühren

X. Schlussvorschriften

- § 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

- (1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Leer in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit die Flurstücke 180/3 und 180/5 Flur 32 Gemarkung Leer in Größe von insgesamt 42.682 m². Eigentümerin der Flurstücke ist die Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Leer.
- (2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Stadt Leer hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.
- (3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2

Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).
- (2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.
- (3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.
- (4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern

sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3

Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.
- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die

Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.

- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art – ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer – zu befahren,
 - b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu bewerten,
 - e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
 - g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
 - h) Hunde unangeleint mitzubringen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.
- (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6

Dienstleistungen

- (1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit

zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

- (5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7

Anmeldung einer Bestattung

- (1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.
- (3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8

Beschaffenheit von Särgen und Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeithemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Särgе dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für

größere Särgе ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Gräften sind nur Metallsärgе oder Holzsärgе mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.
- (6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9

Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 20 Jahre.
- (2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 20 Jahre.

§ 10

Umbettungen und Ausgrabungen

- (1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.
- (2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.
- (3) Die berechtigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11

Allgemeines

- (1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:
 - a) Wahlgrabstätten (§ 13),
 - b) Urnenwahlgrabstätte (§ 13a),
 - c) Umwandlung von Wahlgrabstätten (§ 13b),
 - d) Kinderwahlgrabstätten (§ 13c),
 - e) Grabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage (§ 15),
 - f) Urnengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage (§ 15a),
 - g) Baumgrabstätten (§ 15b).
- (2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.
- (3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- (4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbenes Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.
- (5) In einer bereits belegten Wahl-, Tiefen- oder Urnenwahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche bestattet werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war.
- (6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:
 - a) für Wahlgrabstätten
von Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahr:
Länge: 1,00 m Breite: 0,65 m,

von Kindern bis zum vollendeten 15. Lebensjahr:
Länge: 1,70 m Breite: 1,00 m,

Erwachsenen: Länge: 2,10 m Breite: 1,00 m,

für Urnen: Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m,

- b) in Gemeinschaftsanlagen
für Urnen: Länge: 0,50 m Breite: 0,50 m,

für Baumgräber: Größe: 1,00 m²

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

- (7) Die Mindesttiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.
- (9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12

Reihengrabstätten

Entfällt

§ 12a

Urnenreihengrabstätten

Entfällt

§ 13

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 20 Jahre, vom Tage der Verleihung angerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.
- (2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um mindestens zwei Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich

das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

- (3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:
- a) Ehegatte,
 - b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
 - c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
 - d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
 - e) Eltern,
 - f) Geschwister,
 - g) Stiefgeschwister,
 - h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

- (4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.
- (5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie

das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

§ 13a

Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 20 Jahren vergeben.
- (2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 13 b

Wahlgrabstätten umgewandelt (pflegefrei)

- (1) Bei bereits bestehenden Nutzungsrechten erhalten die Nutzungsberechtigten die Möglichkeit, auf Antrag die vorhandenen Wahlgrabstellen in pflegefreie Wahlgrabstellen umzuwandeln. Die Nutzungsberechtigten haben den Bewuchs der Grabstelle abzuräumen. Der Grabstein bleibt auf der Grabstätte erhalten. Für die Standsicherheit des Grabmals trägt die nutzungsberechtigte Person bis zum Ende der Nutzungszeit die Verantwortung.
- (2) Die bis zum Ablauf der Nutzungszeit anfallende Friedhofsunterhaltungsgebühr wird weiterhin alle zwei Jahre gehoben. Eine Rückgabe des Nutzungsrechts erfolgt dadurch nicht.
- (3) Die Kirchengemeinde pflegt die eingegrünte Grabstätte und erhält von den Nutzungsberechtigten hierfür eine Pflegepauschale nach der geltenden Friedhofsgebührenordnung für jedes Jahr bis zum Ablauf der verbleibenden Ruhezeit im Voraus.
- (4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für die umgewandelten Wahlgrabstätten auch die Vorschriften von § 13 dieser Friedhofsordnung.

§ 13 c

Kinderwahlgrabstätten

- (1) Kinderwahlgrabstätten für Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr werden mit einer oder mehreren Grabstellen für Erdbestattung oder Urnenbeisetzungen für die Dauer von 20 Jahren vergeben.
- (2) Die Beisetzung einer zusätzlichen Urne ist nicht gestattet.

- (3) Durch die Friedhofsverwaltung werden gesonderte Kindergrabanlagen für verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr und für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr ausgewiesen.
- (4) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Kinderwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten (§ 13).

§ 14 Rasengrabstätten

Entfällt

§ 14a Urnenrasengrabstätten

Entfällt

§ 15 Grabstätten in einer Gemeinschaftsanlage

- (1) Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld für Erdbestattungen werden durch die Friedhofsverwaltung im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit vergeben.
- (2) Die Vergabe eines Nutzungsrechts für Erdbestattungen erfolgt als Einzel- oder Doppelgrabstätte (Partnergrabstelle). Die Verlängerung des Nutzungsrechts einer Partnergrabstätte ist lediglich einmal bei der Beisetzung der zweiten Grabstelle zur Anpassung der Ruhezeit verpflichtend.

Eine Verlängerung über die zweite Ruhezeit ist nicht möglich. Läuft die Ruhezeit der zuerst belegten Grabstelle vor der Belegung der Partnergrabstelle ab, kann diese Doppelgrabstelle um mindestens zwei Jahre verlängert werden. Die Beisetzung einer zusätzlichen Urne ist nicht gestattet.

- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstellen im Gemeinschaftsgrabfeld umfasst die Pflicht zur Errichtung eines liegenden Grabmals. Das Grabmal darf eine Größe von 55cm x 40cm x 5 cm nicht überschreiten. Die Grabmale werden auf der, durch die Friedhofsverwaltung, angelegte Kiesfläche abgelegt.
- (4) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes.
- (5) Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen am Grabstein abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.

- (6) Die Kosten für Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten.

§ 15a Urnengrabstätten in einer Gemeinschaftsgrabanlage

- (1) Grabstätten in einem Gemeinschaftsgrabfeld für Urnenbeisetzungen werden durch die Friedhofsverwaltung im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit vergeben.
- (2) Die Vergabe eines Nutzungsrechts für Urnenbeisetzungen erfolgt durch die Friedhofsverwaltung als Einzel- oder Doppelgrabstätte (Partnergrabstelle). Die Verlängerung des Nutzungsrechts einer Partnergrabstätte ist lediglich einmal bei Beisetzung der zweiten Grabstelle zur Anpassung der Ruhezeit verpflichtend. Eine Verlängerung über die zweite Ruhezeit ist nicht möglich. Läuft die Ruhezeit der zuerst belegten Grabstelle vor der Belegung der Partnergrabstelle ab, kann diese Doppelgrabstelle um mindestens zwei Jahre verlängert werden. Die Beisetzung einer zusätzlichen Urne ist nicht gestattet.
- (3) Im Gedenken an die Verstorbenen wird eine Stele errichtet. An der Stele werden Namenplatten mit Namen und Lebensdaten der dort Bestatteten im Auftrag der Friedhofsverwaltung angebracht. Bei Beisetzung in der Partnergrabstelle wird die Namensplatte erst bei der zweiten Beisetzung angebracht und nach der geltenden Gebührenordnung abgerechnet.
- (4) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes.
- (5) Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen an der Stele abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.
- (6) Die Kosten für Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten.

§ 15 b Baumgrabstätten

- (1) Grabstätten in einem Baumgrabfeld für Urnenbeisetzungen werden durch die Friedhofsverwaltung im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit vergeben.
- (2) Die Vergabe eines Nutzungsrechts für Urnenbeisetzungen erfolgt durch die Friedhofsverwaltung als Einzel- oder Doppelgrabstätte (Partnergrabstelle). Die

Verlängerung des Nutzungsrechts einer Partnergrabstätte ist lediglich einmal bei Beisetzung der zweiten Grabstelle zur Anpassung der Ruhezeit verpflichtend. Eine Verlängerung über die zweite Ruhezeit ist nicht möglich. Läuft die Ruhezeit der zuerst belegten Grabstelle vor der Belegung der Partnergrabstelle ab, kann diese Doppelgrabstelle um mindestens zwei Jahre verlängert werden. Die Beisetzung einer zusätzlichen Urne ist nicht gestattet.

- (3) Im Gedenken an die Verstorbenen wird eine Stele errichtet. An der Stele werden Namenplatten mit Namen und Lebensdaten der dort Bestatteten im Auftrag der Friedhofsverwaltung angebracht. Bei Beisetzung in der Partnergrabstelle wird die Namensplatte erst bei der zweiten Beisetzung angebracht und nach der geltenden Gebührenordnung abgerechnet.
- (4) Der Friedhofsverwaltung allein obliegt die gärtnerische Anlage und Pflege des Grabfeldes.
- (5) Grabschmuck darf in Form von Gestecken und Blumen an den vorgesehenen Flächen an der Stele abgelegt werden und wird in der Regel nach angemessener Frist durch die Friedhofsverwaltung entsorgt.
- (6) Die Kosten für Pflege und Unterhaltung sind in der Erwerbsgebühr enthalten.

§ 16

Rückgabe von Wahlgrabstätten

- (1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann mit den Nutzungsberechtigten übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit mehr als vier Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 17

Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt,

wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 18

Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird. Der Kirchenvorstand kann hierzu eine Richtlinie über die Gestaltung der Grabstätten und Grabmale erlassen.

§ 19

Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 18 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.
- (2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.
- (3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.
- (4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den

Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 20 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.
- (2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.
- (5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

§ 21 Grabpflege, Grabschmuck

- (1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.
- (2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.
- (3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 22 Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.
- (2) Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekannte nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
 - b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.
- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen

- (1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.
- (2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel

mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung eingetragen sein.

- (3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.
- (5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
- (6) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (7) Die nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.
- (8) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungser-

bringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

- (9) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 18 Absatz 4.

§ 24

Mausoleen und gemauerte Grüfte

- (1) Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Grüfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19 Absätze 3 und 4 entsprechend.
- (2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Grüften ist nur möglich, wenn sich die nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Grüfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Grüfte von den nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25

Entfernung

- (1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Nutzungszeit und nach Bekanntmachung über das Abräumen der Grabstätten veranlasst die Friedhofsverwaltung die Entfernung von Grabmalen und anderen Anlagen. Innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntmachung über das Abräumen und bei Wahlgräbern auch innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Nutzungszeit können die nutzungsberechtigten Personen Grabmale und andere Anlagen selbst entfernen, soweit es sich nicht um

Grabmale nach § 26 handelt. Die Friedhofsverwaltung hat keinen Ersatz für Grabmale und andere Anlagen zu leisten. Sie ist auch nicht zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und anderer Anlagen verpflichtet. Die Friedhofsverwaltung hat auch keinen Gebührenbetrag zu erstatten, wenn die verpflichtete Person selbst abräumt.

§ 26

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 27

Aufbahrungsräume

- (1) Die Aufbahrungsräume dienen zur Aufnahme von Leichen bis zur Bestattung.
- (2) Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung geöffnet werden. Särge sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden. Die offene Aufbahrung zur Trauerfeier ist untersagt.
- (3) Ein Sarg, in dem eine verstorbene Person liegt, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, wird nach Möglichkeit in einem besonderen Raum aufgestellt. Der Sarg darf nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde geöffnet werden.
- (4) Der Unfallraum dient ausschließlich der Herrichtung von verunfallten Verstorbenen und nicht zur Aufbahrung.

§ 28

Benutzung der Friedhofskapelle

- (1) Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle zur Verfügung.
- (2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.
- (3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt

bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren

§ 29

Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

§ 30

Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Schlussvorschriften

§ 31

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 10.11.2016 außer Kraft.

Leer, den 30.10.2024

Carsten Wydora
Kirchenamtsleiter
Oberkirchenrat

Bekanntmachung der Friedhofsgebührenordnung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Luther Leer

Die Friedhofsgebührenordnung (FGO) ist vom Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Luther Leer am 11.09.2024 beschlossen und vom genehmigungsbefugten Kirchenamtsleiter am 17.10.2024 kirchenaufsichtlich genehmigt worden.

Friedhofsgebührenordnung (FGO)

für den Friedhof
der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Leer in Leer.

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) und § 30 der Friedhofsordnung hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Lutherkirchengemeinde Leer für den Friedhof in Leer am 11.09.2024 folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner der Benutzungsgebühr ist
 1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
 2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
 3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Gebührensschuldner der Verwaltungsgebühr ist
 1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehen der Gebührenschuld

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.
- (3) Rückständige Gebühren werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.
- (4) Die genannten Tarife sind grundsätzlich ohne Mehrwertsteuer berechnet. Soweit für einzelne Leistungen eine Mehrwertsteuer zu erheben ist, ist diese durch die gebührenpflichtige Person zusätzlich zu entrichten.

§ 5 Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührenbetrages zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6 Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

- | | |
|--|----------|
| 1. Wahlgrabstätte: | |
| a) für 20 Jahre – je Grabstelle | 600,00 € |
| b) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle | 30,00 € |
| 2. Urnenwahlgrabstätte: | |
| a) für 20 Jahre – je Grabstelle | 400,00 € |
| b) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle | 20,00 € |

3. Kinderwahlgrabstätte (bis zur Vollendung des 15 Lebensjahrs):
 - a) für 20 Jahre – je Grabstelle 125,00 €
 - b) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle 5,00 €
4. Sarggrabstätte in der Gemeinschaftsanlage: inkl. Pflege und Unterhaltung
 - a) für 20 Jahre – je Grabstelle 1.650,00 €
 - b) für 20 Jahre – Doppelgrabstätte 3.300,00 €
 - c) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle 72,00 €
5. Urnengrabstätte in der Gemeinschaftsanlage: inkl. Pflege, Unterhaltung und einer Plakette*
 - a) für 20 Jahre – je Grabstelle 1.000,00 €
 - b) für 20 Jahre – Doppelgrabstätte 1.710,00 €

*die zweite Plakette wird bei Belegung der zweiten Grabstelle berechnet

 - c) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle 36,00 €
6. Urnengrabstätte in der Gemeinschaftsanlage unterm Baum: inkl. Pflege, Unterhaltung und einer Plakette*
 - a) für 20 Jahre – je Grabstelle 1.300,00 €
 - b) für 20 Jahre – Doppelgrabstätte 2.040,00 €

*die zweite Plakette wird bei Belegung der zweiten Grabstelle berechnet

 - c) Verlängerung – je Jahr und Grabstelle 37,00 €
7. Zusätzliche Bestattung einer Urne in einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstätte gemäß § 11 Absatz 6 der Friedhofsordnung:
 - a) eine Gebühr zur Anpassung an die neue Ruhezeit und
 - b) eine Gebühr gemäß Abschnitt II. Nummer 2.
8. Für jedes Jahr des Wiedererwerbs oder der Verlängerung von Nutzungsrechten (gem. § 13 Absatz 2 FO) ist für jedes Jahr, um das das Nutzungsrecht verlängert wird, die Verlängerungsgebühr entsprechend § 6 zu entrichten.

Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren möglich.

Die Gebühr für den Erwerb, Wiedererwerb und die Verlängerung des Nutzungsrechtes wird für die gesamte Nutzungszeit im Voraus erhoben.

II. Gebühren für die Bestattung:

Für das Ausheben und Verfüllen des Grabes:

1. für eine Erdbestattung: 380,00 €
2. für eine Urnenbestattung: 150,00 €
3. für Erdbestattungen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr 100,00 €

III. Friedhofsunterhaltungsgebühr zur Finanzierung der Kosten für Grünpflegearbeiten, Wasser und Strom

Für ein Jahr
je Grabstelle: 20,00 €

IV. Pflegepauschale nach § 13b

Je Jahr und Grabstelle: 37,00 €

V. Gebühr für die Benutzung der Räumlichkeiten:

1. Gebühr für die Benutzung der Leichenkammer
je Sarg: 160,00 €

2. Gebühr für die Benutzung des Feierraums
je Trauerfeier: 240,00 €

VI. Sonstige Gebühren

1. Gebühr für die Abräumung der ersten Grabstelle 200,00 €

2. Gebühr für die Abräumung je weiterer Grabstelle 100,00 €

3. Grabplakette für das Gemeinschaftsgrab nach § 15a 298,00 €

4. Grabplakette für das Gemeinschaftsgrab nach § 15b 550,00 €

§ 7

Leistungen, für die kein Gebührentarif vorgesehen ist, werden von der Friedhofsverwaltung nach dem jeweiligen Aufwand berechnet.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung tritt die Friedhofsgebührenordnung in der Fassung vom 13.04.2021 außer Kraft.

Leer, den 30.10.2024

Carsten Wydora
Kirchenamtsleiter
Oberkirchenrat

Herausgeber: Landkreis Leer, Der Landrat, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, Tel.: 0491 926 0.

Das Amtsblatt erscheint jeweils am 15. und am letzten Arbeitstag des Monats (an arbeitsfreien Tagen am davorliegenden Arbeitstag). Annahmeschluss ist drei Arbeitstage vor dem Erscheinungstag.

Aufträge für Bekanntmachungen sind an den Landkreis Leer, Büro des Landrats, Bergmannstraße 37, 26789 Leer oder an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

amtsblatt@lkleer.de

Die Redaktion des Amtsblattes ist unter der Rufnummer 0491 926 1253 zu erreichen.

Das Amtsblatt ist im Internet abrufbar unter:
www.landkreis-leer.de/Amtsblatt